Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1.95 M., wöchentlich 45 Pf. einschließlich. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Bestell- u. Zust.-Umkosten 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 18761. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 31 mm breite Nonpareille-zeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefzustell. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 259 | Dresden, Freitag, den 6. November 1931 | 42. Jahrgang

Brünings Versprechungen

Eine Lektion für Landwirtschaft und Wirtschaftsführer – Harte Maßnahmen: Auch gegen die Unternehmer? – Stegerwald gegen Sozialreaktion

Gestern fand eine Sitzung des Reichsparteiausschusses des Zentrums statt, in der der Reichskanzler Brüning, der Parteivorsitzende des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, und Arbeitsminister Stegerwald sprachen. Aus den Reden der Zentrumsführer ging unzweideutig hervor, daß das Zentrum jetzt nicht daran denkt, ein Koalitionsgeschäft mit den Nazis zu machen. Am deutlichsten wurde Stegerwald, der sagte, daß eine koalitionspolitische Frontverbreiterung nach links nicht möglich sei, weil man für eine solche Koalition keine Mehrheit bekommen könne, und nach rechts nicht, weil dann die Reparations- und Stillhalteverhandlungen zu sehr erschwert würden.

Man muß sich natürlich darüber klar sein, daß die Ablehnung einer Koalitionsverbreiterung nach rechts bei dem ganzen Charakter des Zentrums nicht für alle Ewigkeit gilt. Ist wieder eine Etappe auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems erreicht, so wird das Zentrum über die Frage einer Koalition mit rechts, unter Umständen auch mit Hitler, vielleicht anders denken. Aber vorläufig braucht man zur Lösung der außenpolitischen Fragen unbedingt die Hilfe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie als Sachwalterin der Volksmassen hat gewiß allen Anlaß, zu wünschen, daß Brüning bei den Verhandlungen mit unseren Gläubigerstaaten Erfolg hat. Weiß sie doch, daß das Elend der deutschen Proletarier vermehrt würde, wenn sich etwa die Gegensätze zwischen Deutschland und seinen Gläubigern, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, noch verschärften. Anderseits muß sich aber der Kanzler darüber klar sein, daß deshalb die Sozialdemokratie nicht ruhig alles hinnehmen kann, was die Regierung den Massen zumutet, und die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning hat der Arbeiterschaft schon ungeheuer Schweres gebracht, wenn es auch der Sozialdemokratie gelungen ist, in einzelnen Fällen wieder eine Milderung der Notverordnungen herbeizuführen.

Brüning sprach in seiner gestrigen Rede davon, daß man auch im Jahre 1932 nicht um schwere und harte Maßnahmen auf allen Gebieten herumkommen werde, aber das Volk müsse dabei das Gefühl der gleichmäßigen Verteilung der Lasten und Opfer haben. Dieses Gefühl haben bisher die proletarischen Massen in Deutschland nicht haben können. Gestern betonte der Kanzler, daß unter dem Problem der Selbstkosten nicht einseitig das Lohnproblem verstanden werden dürfe. Werden diesen Worten nun auch die notwendigen Taten folgen?

Der Reichskanzler sagte unseren „Wirtschaftsführern“ der Industrie und auch den Agrariern einige Wahrheiten, die diese Kreise sicher nicht gern hören werden. Er sprach von den Kapitalfehlleitungen in Deutschland nach der Inflationszeit. Wird der Reichskanzler auch den Mut zu einer Politik haben, die es zu verhindern sucht, daß unsere Industriegewaltigen sich für die Folgen dieser Kapitalfehlleitung durch Hochhaltung der Preise und durch immer weitere Herabdrückung der Löhne schadlos zu halten suchen? Der Landwirtschaft legte der Kanzler die Frage vor, ob denn durch den lückenlosen Schutz der Viehwirtschaft, den sie tatsächlich haben, die Rentabilität der Landwirtschaft erreicht sei, und er verwies darauf, daß in Deutschland jetzt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte von der Kaufkraft der Bevölkerung abhängen. Aber wird Herr Brüning nun endlich seinem Kollegen Schiele in die Arme fallen, der so eifrig an der Arbeit ist, um die Getreidepreise hinaufzuschrauben, und es dadurch weiten Kreisen des Volkes nahezu unmöglich macht, überhaupt noch die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft zu kaufen?

Erfreulich bleibt schließlich an der Rede des Kanzlers, daß er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Inflationstreiber wandte. Das wird seine Beliebtheit bei den großen Herren von der Kohle und vom Eisen nicht erhöhen, die so gern durch eine Inflation ihre Schulden loswerden möchten. Mit diesen Leuten dürfte es Herr Brüning gründlich verdorben haben, trotzdem sie an manchem, was die Regierung Brüning verordnete, ihre Freude haben konnten.

Daß er hart gegen die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sein kann, hat Brüning in den letzten Monaten genügend gezeigt. Wird er die gleiche Energie aufbringen, jetzt, wo es vor allem gilt, dafür zu sorgen, daß man der Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch die notwendige Verbilligung der Lebenshaltung folgen läßt?

ms.

Die Zentrumstagung

Eine Absage an Hitler

Am Donnerstag tagte in Berlin der Reichsparteiausschuß des Zentrums. Die Beratungen, die von 10 Uhr vormittags ohne Unterbrechung bis 17½ Uhr nachmittags dauerten, endeten entgegen der anfänglichen Absicht ohne Annahme einer Entschließung und ohne Veröffentlichung eines offiziellen Kommuniqués über den politischen Ausklang der Veranstaltung. Immerhin lassen die von den maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums gehaltenen Reden über den Kurs der Zentrumspartei für die nächste Zeit keinen Zweifel. Das Zentrum ist bestrebt, den bisherigen Kurs fortzusetzen. Eine Regierung mit den Nationalsozialisten lehnt es insbesondere aus außenpolitischen Gründen ab. Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, Prälat Kaas, eröffnet. Er führte u. a. aus:

„Vor dem zweiten Kabinett Brüning und damit auch vor der dieses Kabinett aus staatspolitischer Ueberzeugung stützenden deutschen Zentrumspartei stehen außenpolitische Aufgaben von geradezu gigantischer Größe und von schicksalsentscheidender Auswirkung für Staat und Volk. In solcher Lage die Aktionsfähigkeit und die Verhandlungschancen des Kabinetts durch Erörterungen der bezeichneten Art zu behindern oder zu vermindern, ist nach unserer Kenntnis und Anschauung der Dinge nicht zu verantworten. (Sehr wahr!) Nach unserer Auffassung gilt es — wenn irgend wann, so jetzt — das Auseinanderbrechen des Volkes in zwei gleich starke, den gegenseitigen Vernichtungskampf proklamierende Lager unter allen Umständen zu verhindern.“ — Dann sprach

Reichskanzler Dr. Brüning:

„In diesem Winter kommt es entscheidend darauf an, zu verhindern, daß die parteipolitischen Gegensätze sich zur Explosion in Deutschland steigern. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt nur einen Weg, und den sind wir gegangen und werden wir alle zusammen im Kabinett weitergehen, nämlich den Weg der Ergreifung sachlich notwendiger Maßnahmen. Die Reichsregierung ist sehr viel stärker augenblicklich für die außenpolitischen Verhandlungen, als wenn sie die Entscheidungen, die in der Oktoberwoche gefallen sind, auf den November oder Dezember vertagt hätte. Das einzige, was wir wollen und was unbedingt notwendig ist, ist, daß man uns dann nach solchen Tagungen für die Notzeit — und nur für diese — die freie Zeit zur Arbeit läßt, weil es unmöglich ist, bei diesen täglich nur sich aufdrängenden Aufgaben gleichzeitig diese schnell zu erledigen und das Parlament hier versammelt zu haben. Ein anderer Zweck ist mit dieser Politik unter keinen Umständen verbunden.

Die Reichsregierung denkt an alle Kreise und alle Berufsschichten der Bevölkerung bei allen ihren Maßnahmen nicht nur im Opfer, sondern auch in der Hilfe. Hier aber fehlt es an dem Verständnis für die Zusammenhänge wirtschaftlicher Art namentlich im deutschen Volke ganz außerordentlich. Die Abstimmung der Landvolkpartei im Reichstag zeigt doch in ganzer Deutlichkeit,

daß ein Teil der Landwirtschaft die wirkliche Lage Deutschlands und die eigene Situation noch nicht erfaßt hat.

(Sehr richtig!) Wir haben, um ein Beispiel zu nennen, praktisch doch jede Vieheinfuhr unmöglich gemacht. Wir sind also sozusagen zu dem lückenlosen Schutz in dieser Beziehung gekommen, der jahrzehntelang die Forderung der Landwirtschaft war. Ist denn dadurch nun etwa eine Rentabilität der Landwirtschaft, die sich besonders auf Viehzucht einstellt, erzielt worden? Die Preise sind weiter heruntergegangen, und hier kommt doch der Punkt, den jeder Landwirt endlich einmal erkennen muß: wenn man sich überhaupt zollpolitisch oder durch Devisenbewirtschaftung völlig auf allen Gebieten von der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte abschließen würde, dann würde nicht mehr die Höhe des Zolles, sondern

die Kaufkraft der Bevölkerung

allein den Preis bestimmen. (Lebh. Zustimmung.) Das muß in alle Kreise der Landwirtschaft hineingetragen werden. Wie soll man sonst die außerordentlichen Maßnahmen, die für die Landwirtschaft in den 1½ Jahren getroffen worden sind, vertreten und durchhalten vor der überwiegenden Zahl der deutschen Bevölkerung, die nun einmal Konsumenten sind.

In diesem Augenblick hat das deutsche Volk mehr denn je ein Interesse daran, seine eigene Währung stabil zu halten. Viele Leute meinten, als das Pfund vom Goldstandard herunterging, nun müßten wir einen Husarenritt machen und die Mark gleichfalls vom Gold abhängen. Ich werde mich bis zum letzten Augenblick wehren, irgendeine inflatorische Maßnahme irgendeiner Art zu treffen. (Lebh. Beifall.) Und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, nicht nur zum Schutze der Schwachen, sondern weil ich der Ansicht bin, daß die ehrliche Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz allen Bitternissen unbedingt wiederhergestellt werden muß (Bravo!), und daß jeder Versuch und jedes Verlangen nach inflatorischen Maßnahmen letzten Endes auch den Zweck haben kann, diesen Prozeß der klaren Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft zuschanden zu machen und wiederum einen Schleier

Bankpleite in Mussolinien

Der Duce muß sanieren

Die in Schwierigkeiten geratene Banca Commerciale Italiana, die weitaus größte Bank Italiens, mußte von einem Tag zum anderen vom Staat saniert werden.

Im faschistischen Italien gibt es keine Presse- und keine Meinungsfreiheit. Deshalb konnten die Schwierigkeiten, in denen sich die Banca Commerciale schon seit langem befand, dauernd verschleiert bzw. der Bank durch die Notenbank mit Hilfe der Notenpresse unter die Arme gegriffen werden, ohne daß der italienischen Oeffentlichkeit über den Sinn dieser Vorgänge reiner Wein eingeschenkt wurde. Eine weitere Fortsetzung dieser Stützungspolitik durch die Notenpresse wurde aber nunmehr unmöglich, wenn nicht die Stabilität der Währung in Gefahr geraten sollte. So wurde die Banca Commerciale zu einer gründlichen Sanierung reif.

Aber selbst dieser Vorgang wird der italienischen Oeffentlichkeit verschleiert. Er wird nämlich so dargestellt, als erfordere die heutige Wirtschaftslage eine Umstellung der Bank auf die Kreditverteilung und den Kreditumlauf. Damit wird die Notwendigkeit beschönigt, die Banca Commerciale durch Entlastung von ihren industriellen Beteiligungen zu retten. Und es wird weiter verschleiert, mit welchen Mitteln der Staat über die Notenpresse bei dieser Sanierung einspringen muß.

Soviel aber läßt sich auf Grund der Meldungen über die Sanierung und der Beobachtung der bisherigen Entwicklung trotz allen Verschleierungsversuchen des faschistischen Regimes feststellen: Die Banca Commerciale hat sich in den letzten Jahren, teils freiwillig, teils unter dem Druck des Staates, sehr stark an der Stützung der in große Schwierigkeiten geratenen italienischen Industrie engagiert. Ihre direkten und indirekten Beteiligungen an industriellen Unternehmungen werden heute auf 3 Milliarden Lire, also ungefähr 650 Millionen Mark, geschätzt, ein für italienische Begriffe gewaltiger Betrag. Ob und wieviel Verluste in diesen Engagements stecken, wird bis jetzt nicht verraten. Jedenfalls ist die Bank heute trotz der Notenbankhilfe nicht mehr in der Lage, die Engagements weiter zu schleppen. Die Sanierung vollzieht sich nun so, daß die Bank ihre sämtlichen Industriewerte an eine neue Finanzgesellschaft abstößt. Offiziell wird es zwar so dargestellt, daß das Kapital dieser neuen Gesellschaft von einer „Industriegruppe“ bereitgestellt ist, in Wirklichkeit kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der faschistische Staat entweder direkt oder indirekt (durch vom Staat garantierte Obligationen) das notwendige Kapital zur Verfügung stellt.

Die Vorgänge in Italien zeigen eine auffällige Aehnlichkeit mit den Vorgängen, die sich in diesem Sommer in Deutschland ereignet haben. Nur mit dem Unterschied, daß sie in Italien geschickt verschleiert werden, weil Presse und Meinungsfreiheit geknebelt sind. Aber wenn unsere deutschen Faschisten immer so tun, als trage das demokratische Regierungssystem in Deutschland die Schuld an der Wirtschafts- und Kreditkrise und nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem, so sind die Vorgänge in Italien, insbesondere die Stützung der Banca Commerciale, der beste Beweis dafür, daß der Kapitalismus unter jedem Regierungssystem die gleichen Schäden zeitigt.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311106/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG